

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 3

Artikel: Der Balkan im europäischen Wirtschaftssystem
Autor: Schacher, Gerhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157378>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

daraus erwachsen können, als nahezu belanglos gegenüber den Opfern, die es einer europäischen Gemeinschaft im wahren Sinne des Wortes bringen müßte. Es wehrt sich daher aus allen Kräften dagegen, in den ungeheuren Wirbel hineingeschleudert zu werden: anderseits jedoch erhebt es den Anspruch, aus dem Wirbel selber Nutzen zu ziehen, ihm jedenfalls *seine* Gesetze vorzuschreiben. *Poincaré* war der Ausdruck des einen, *Briand* der des andern Bestrebens. Der „lothringische Fürst“ ist wohl endgültig von der Bühne abgetreten: aber er hat nahezu vollwertige Nachfolger gefunden. Der Fischer von Cocherel steht augenblicklich noch als unschlüssiger Hamlet da: entscheidet er sich für das „Nichtsein“ — wenn auch erst in absehbarer Frist —, so muß dies als ein Zeichen gedeutet werden, daß Frankreich die gleiche Politik mit ganz andern Mitteln zu verfolgen entschlossen ist.

Der Balkan im europäischen Wirtschaftssystem.

Von **Gerhard Schacher**, Berlin.

Immer deutlicher rückt Südosteuropa in den Mittelpunkt allgemeinen Interesses; immer mehr wird besonders das Balkanproblem zu einer europäischen Angelegenheit erster Ordnung. Die Gründe hierfür liegen gleichzeitig auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet; aber die Tatsache, daß zu den politischen Fragen, die der Balkan den mittel- und westeuropäischen Staaten schon seit Jahrhunderten immer wieder aufgegeben hat, neuerdings und in engem Zusammenhange mit der politischen Neugestaltung des Südostens auf der einen, der Weltwirtschaftskrise auf der anderen Seite auch das große Wirtschaftsproblem einer *neuen Erschließung* der *Südostländer* getreten ist, sichert diesen Fragen ein so allgemeines Interesse. Balkanprobleme stehen heute fast hinter allen großen politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen. Der gute Beobachter entdeckt sie, wenn er den Gang der großen europäischen Getreidekonferenzen verfolgt, er findet sie wieder als einen der wichtigsten Gegenstände der Auseinandersetzungen über den Aufbau internationaler Realkreditinstitute, bei den Abrüstungsverhandlungen und nicht zuletzt bei der Einleitung der deutsch-österreichischen Zollunion. Ja, man geht nicht zu weit, wenn man den Standpunkt vertritt, daß es geradezu unmöglich ist, die europäische Politik der letzten beiden Jahre richtig zu verstehen, sofern man nicht Klarheit über die besondere Bedeutung der aktuellen Balkanprobleme gewonnen hat.

Obwohl gerade der aktuelle Gehalt dieser Südostfragen wirtschaftlicher Natur ist, bedarf es zu ihrem Verständnis doch eines kurzen politisch-geschichtlichen Überblickes. Bis in die erste Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hinein gab es für Europa keine Balkanstaaten und damit auch kein Balkanproblem im modernen Sinne. Ohne nennenswerte Berücksichtigung der balkanischen Nationalitäten, unter denen höchstens mit Rücksicht auf militärische Interessen einzelne Volksstämme, wie die Albaner, in hervorragendem Maße zu den Offiziers- und Beamtenstellen herangezogen wurden, betrachtete das *altosmanische Reich* seine Balkanprovinzen fast ausschließlich als Steuerquelle, aus der man Abgaben in mancherlei Gestalt, in der Form von Getreide, Tabak und nicht zuletzt von Menschenmaterial für die Armeen in fast unerschöpflicher Fülle beziehen konnte. Die Rückwirkungen dieser türkischen Verwaltung sind auch heute in den Balkanstaaten, zum mindesten in denjenigen, die sich verhältnismäßig spät von der osmanischen Herrschaft befreien konnten, auf Schritt und Tritt festzustellen. Man erkennt sie in der den Westeuropäer eigenartig anmutenden, besonders engen Verknüpfung von Staatsverwaltung und Privatinteressen, in manchen Resten einer unzeitgemäßen Finanzwirtschaft, und es ist im einzelnen aufschlußreich, festzustellen, wie je nach der eigenen Initiative und geistigen Regsamkeit, zu der die einzelnen Balkanvölker fähig sind, die wirkliche innere Loslösung von diesen Erinnerungen an die dunklen, unter türkischer Herrschaft verbrachten Jahrhunderte vorstatten ging. In besonders hohem Maße kann man diese Loslösung in *Griechenland* feststellen. Hier ist der freimachende Einfluß des Meeres in der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung unverkennbar, und das Interesse, das gerade dieses Volk, in manchmal sogar übertriebenem Maße, allem Neuen entgegenbringt, hat sicher viel dazu beigetragen, die Spuren der Türkenherrschaft zu verwischen und ein eigenes nationales Dasein aufzurichten. In geringerem Maße, aber immerhin doch auch, und zwar dank der engen geographischen und kulturellen Beziehungen zu *Osterreich-Ungarn*, konnte dieser Vorgang sich in *Jugoslawien* abspielen. Er ist heute noch keineswegs beendet und wird erst dann zu einem harmonischen Ergebnis führen, wenn sich ein Ausgleich zwischen dem altserbisch-balkanischen Bestandteil und dem europahanen bosnisch-kroatischen vollzogen haben wird. Größeren Schwierigkeiten begegnet der Loslösungsvorgang bei den europa- und mittelmeerferneren Ländern *Rumänien* und *Bulgarien*. Hier können die Europäisierungseinflüsse meistens nur mittelbar, auf den Umwegen über die nördlichen und nordwestlichen Nachbarstaaten, neuerdings bis zu einem gewissen Grade auch durch die Ausdehnung des italienischen Machtgebietes zur Geltung gelangen.

Die Friedensverträge haben nun diesen Vorgang, der auch eine sehr wichtige wirtschaftliche Seite hat, insofern jäh unterbrochen, als sie gerade in den wichtigsten Punkten darauf abgestellt sind, die Gegensätze zwischen den vier Balkanstaaten zu verschärfen und diese auf eine möglichst autoch-

thone und nationalistische Wirtschaftspolitik hinzuweisen. Je mehr man im Südosten überzeugt war, die Gebietserweiterungen durch eigene Kraft erlangt zu haben, desto mehr glaubte man, alles in den Dienst der Selbstsicherung stellen zu müssen, und da aus mancherlei Gründen wenigstens für die nächsten Jahre mit einem Balkankrieg kaum zu rechnen war, tat man wenigstens auf wirtschaftspolitischem Gebiet alles erdenkliche, um sich vom Nachbarn unabhängig zu machen. Die Schutzzollmauern stiegen immer höher. Die Einnahmen aus Zöllen und Steuern wurden nicht zuletzt dazu verwendet, eigene Industrien zu schaffen und zwar besonders solche, die, wie etwa die Textilindustrie in Jugoslawien und Rumänien, lediglich vom militärischen Gesichtspunkte aus Daseinsberechtigung haben konnten, während ihnen alle oder fast alle wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlten. Riesige Subventionen wie große laufende Bestellungen der Militärbehörden, Steuernachlässe u. s. w. ergänzten das System der Schutzzölle. Die ausländischen Waren, die nicht nur an und für sich billiger, sondern auch unzweifelhaft besser waren, konnten kaum noch Absatz finden. Hierzu trat bis vor wenigen Jahren in einigen Balkanländern noch eine Agrarpolitik, die ebenfalls von diesem kurzfristigen nationalistischen Standpunkt ausging. Es sei an die seltsame Wirtschaftspolitik der früheren liberalen Regierung in Rumänien erinnert, die jahrelang, statt die Getreideausfuhr großzügig zu fördern, große Exportzölle auf Weizen und Mais legte. Erinnert sei an die in den Einzelheiten vielfach sehr verfehlte Bodenreform, die man erst in letzter Stunde vornahm, um die Bauern von bolschewistischen Aufständen abzuhalten.

Nur sehr langsam und unter dem Druck der immer deutlicher gegen eine solche Politik sprechenden Entwicklung ist man zur Erkenntnis dieser Fehler gelangt. In Wirklichkeit sind die Balkanstaaten vorwiegend, d. h. zu etwa 80—95 v. H. *A g r a r l ä n d e r* mit einer deutlich betonten bäuerlichen Betriebsform. Die große Bauernnot, die wir im Zusammenhang mit dem Aufkommen der modernen Agrarwirtschaft und der technischen Errungenschaften des Mähbreschers u. s. w. in ganz Europa von Finnland bis nach Südbulgarien beobachten können, mußte hier bei der großen Nähe der bolschewistischen Gefahrzone ein für das staatliche Gefüge dieser Länder besonders bedrohliches Gesicht annehmen. Der oben geschilderte Industrialisierungsvorgang ist somit nicht nur als das Ergebnis einer falschen nationalistischen Wirtschaftspolitik anzusehen, sondern gleichzeitig auch als ein an und für sich nicht unlogischer Versuch, die erwerbslosen Bauernmassen dadurch zu beruhigen, daß man ihnen in den Städten Arbeit schafft. Der *W e g*, den man betreten hat, war aber falsch, weil man Industrien aufrichtete, die weder eine eigene Rohstoffgrundlage hatten, noch ihre Brennstoffe im Inlande finden konnten. Erinnert sei an die besonders kennzeichnenden Vorgänge in *G r i e c h e n l a n d*. Dort ist man in kurzer Zeit so weit gekommen, daß man nicht nur auf die Getreideausfuhr verzichten mußte, sondern sogar beträchtliche Mengen (bis zu 50 v. H. des Gesamt-

bedarfes) aus dem Auslande einführen mußte. Man hat gleichzeitig, besonders in den beiden großen Hafenzentren Piräus und Saloniki, gewaltige Industriebezirke aufgerichtet, von denen man in übertriebenem Optimismus glaubte, daß sie in verhältnismäßig kurzer Zeit die Versorgung des gesamten vorderen Orients mit Fertigfabrikaten übernehmen könnten. Diese Industrien bezogen Rohstoffe und Brennmaterial zumeist auf dem Seewege aus dem Auslande. Insbesondere arbeiteten sie mit englischer Steinkohle, die bei den verhältnismäßig günstigeren Seefrachten einen billigeren Brennstoff darstellte, als man ihn durch Aufschließung der vorhandenen bedeutenden Braunkohlen- und Lignitlager im Landesinneren und die Anlage billiger Transportmittel erhalten hätte. In einem falschen Optimismus und unter dem unrichtigen Eindruck schneller sichtbarer Erfolge hat man also die Industrialisierungspolitik dieser Länder unter der Wirkung einer einseitigen und nationalistischen Politik in falsche Bahnen geleitet. Man hat den auf dem Lande erwerbslos gewordenen Bauernmassen nicht durch vernünftige Organisation der Agrarwirtschaft, wie Beschaffung landwirtschaftlicher Maschinen, Auswahl von Saatgut, handelspolitische Besserung der Absatzverhältnisse u. s. w. zu helfen versucht, sondern sie in die Städte gebracht und in Industrien verpflanzt, die zu Lebensunfähigkeit verurteilt waren, sobald unter dem Druck der finanziellen Fehlbeträge die Subventionen nachlassen mußten.

Während man auf industriepolitischem Gebiet diese falschen Wege ging, wurde auch kostbare Zeit versäumt, die man für eine vernünftige, in vielen Teilen durchaus mögliche und zweckmäßige Industrialisierung hätte verwenden können. Die Balkanländer verfügen nämlich über ganz gewaltige, bisher noch wenig oder gar nicht aufgeschlossene Schätze, die in Verbindung mit einer Gesundung der Landwirtschaft voll ausreichen würden, die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung wesentlich zu bessern und sie auf die Stufe des europäischen Durchschnitts zu heben. Man kann weitergehen und feststellen, daß Europa, besonders im Erzbergbau und hinsichtlich der Kultur wichtiger, fast monopolartiger Nutzpflanzen, auf dem Balkan über die einzigen großen, außerhalb Rußlands vorhandenen, im wesentlichen noch unangetasteten Reserven verfügt. Hierher gehören vor allem die großen Petroleum-, Chrom- und Baugitlager in Rumänien, die Goldvorkommen dieses Landes, die Baumwollkulturen in Griechenland, das schon heute der größte Baumwollproduzent Europas ist, die für die Weltwirtschaft geradezu einmaligen Vorkommen des griechischen und bulgarischen Zigarettentabaks in Mazedonien, die griechischen und jugoslawischen Eisen-, Blei- und Kupferlager, die fast noch völlig unerforschten Erzbestände Bulgariens, feine, für die internationale Parfümindustrie ebenfalls fast monopolartige Rosenkultur, die Braunkohlenlager in Jugoslawien und Griechenland und viel anderes mehr. Berücksichtigt man weiter, daß sehr ausbaufähige Wasserkräfte zur Verfügung stehen, dann erkennt man, daß eine wirklich rationelle Industrialisierungspolitik in den Balkanländern zu einem

außerordentlichen Aufschwung der Volkswirtschaft führen könnte und daß dies schließlich für die europäische Intelligenz und das europäische Kapital ein überaus wichtiges Aktivum bilden würde.

Während man teilweise und langsam, vorläufig aber noch mit geringen Erfolgen in den Balkanstaaten versucht, aus dem wirtschafts- und sozialpolitischen Sumpf, den die verfehlte Agrar- und Industriepolitik aufgeschwemmt hat, herauszukommen, ist bei den großen europäischen und amerikanischen Konzernen für die Aufschließung der balkanischen Wirtschaftsreserven das Interesse erwacht. Besonders die Amerikaner haben hierbei schon deswegen beträchtliche Fortschritte erzielt, weil sie auf dem Wege über die Staatsanleihen in außerordentlich geschickter Weise auch die Finanzierung dieser Investitionsprogramme in die Hand nahmen.

So lagen die Dinge auf dem Balkan, als durch verschiedene Ereignisse mehr politischer Art, insbesondere infolge des immer schärferen Wettkampfes, den Italiener und Franzosen mit wechselndem Erfolge um den Einfluß auf die Balkanregierungen führten, das internationale Interesse auf den Südosten Europas gelenkt wurde. Der letzte Anstoß erfolgte hier von der agrarpolitischen Seite und zwar in dem Augenblick, als man in Belgrad, Bukarest und Sofia mit aller Deutlichkeit erkannte, daß jede Selbstbefinnung und wirtschaftliche Aufrichtung der Balkanstaaten mit der Hebung ihres landwirtschaftlichen Absatzes ihren Anfang nehmen müsse. Die krisenartige Entwicklung der jungen, aber nicht lebensfähigen Industrien führte im Zusammenhang mit der Bauernnot zu schweren Verwicklungen politischer Natur. Die Massenansammlungen eines erwerbslosen Industrieproletariats in der Nähe der Hauptstädte auf der einen, die völlige Verödung der Bauerngüter auf der anderen Seite machte es immer klarer, daß man alles tun müsse, um die bisher beschrittenen und jetzt als falsch erkannten Wege zu verlassen und sich auf die eigentlichen Wirtschaftskräfte des eigenen Landes zu besinnen. Diese aber liegen einerseits in der Landwirtschaft, andererseits in bestimmten, auf eigener Rohstoffgrundlage aufgebauten Industrien, die heute indessen bereits mit wichtigen Stellungen in ausländischer Hand sind und überhaupt nur noch in Zusammenarbeit mit den großen Auslandskonzernen aufgeschlossen werden können.

Im Hinblick auf die Landwirtschaft besteht durchaus die Möglichkeit einer Reorganisation der südosteuropäischen Volkswirtschaften. Der Zuschußbedarf Mittel- und Westeuropas an Brotgetreide ist um ein Vielfaches größer, als die Mengen, die im Südosten erzeugt werden und jetzt dort trotz der verhältnismäßig günstigen Transportverhältnisse nach dem Westen in den Speichern verfaulen. Die Absatzfrage für das Balkangetreide ist aber hauptsächlich eine Preisfrage. Bei der ungeheuren Technisierung der überseeischen Landwirtschaft, der die balkanischen Bauernbetriebe aus Ra-

pitalmangel¹⁾ und auch deswegen, weil die wenigen, überhaupt zur Verfügung stehenden Kapitalien in einer fehlgeleiteten Industrialisierungspolitik angelegt waren, nicht folgen konnten, war das rumänische und jugoslawische Getreide in Europa nicht mehr wettbewerbsfähig. Ein Verkauf der Körner „nach Muster“ ist in den Balkanstaaten fast unmöglich, weil es an der Auswahl des Saatgetreides, an der Errichtung von Silos u. s. w. so gut wie ganz fehlt. Bei entsprechender Kapitaleinlage, deren Voraussetzung allerdings eine Reorganisation des Realkredites bildet, wäre es, besonders bei der Fortentwicklung des Genossenschaftswesens, nicht einmal sehr schwer, das Getreide marktfähig zu machen. Nun haben die Balkanregierungen in den Konferenzen von Sinaja, Warschau und Bukarest aber verlangt, daß die europäische Industrie, die für die nächste Zukunft in den Balkanländern eines ihrer wichtigsten Absatzgebiete erblickt, die Unterbringung dieses balkanischen Getreides an den nahe gelegenen mittel- und westeuropäischen Märkten übernehmen soll. Die Schwierigkeiten liegen hier hauptsächlich darin, daß im Handelsvertragsystem der im wesentlichen in Betracht kommenden Staaten, vor allem Deutschlands, Österreichs, der Tschechoslowakei und Frankreichs durchweg *M e i s t b e g ü n s t i g u n g* vereinbart ist und daß die von den Balkanländern verlangte Einräumung von Vorzugszöllen unter Umständen auf das Veto der überseeischen Vertragspartner stoßen würde.

Es würde zu weit führen, hier, wo in erster Linie die eigentliche Fragestellung aufgezeigt werden soll, Einzelheiten über die Stichhaltigkeit dieser Bedenken zu erwähnen. Hinsichtlich der Präferenzwünsche ist jedenfalls zu bedenken, daß es sich nur um einen verhältnismäßig geringen Bruchteil des von den mittel- und westeuropäischen Staaten überhaupt eingeführten Getreides handelt²⁾ und daß in der Geschichte der Handelspolitik zahllose Beispiele für besondere Nachbarrechtsklauseln bestehen. Man denke zum Beispiel an die bekannte liberische Klausel, an die skandinavische Klausel, an die Randstaatenklausel u. s. w., um in Europa zu bleiben. In allen diesen Fällen wird ausdrücklich zugelassen, daß die besonderen Vorrechte, die man sich im nachbarlichen Verhältnis gegenseitig einräumt, keinen Bruch der Meistbegünstigung darstellen. Man könnte weiter gehen und mit dem bekannten österreichischen Handelspolitiker, dem früheren Wiener Gesandten in Berlin, Dr. Riedl, sagen, daß die im Rahmen des englischen Weltreiches vereinbarten Sondertarife auch nichts anderes als eine berechnete Ausnahme von der Meistbegünstigung — übrigens eine viel weittragendere und für ganz Europa viel gefährlichere — bedeuten. Auf alle Fälle ent-

¹⁾ Nach einer kürzlich vom Völkerbund angestellten Untersuchung betragen die in der rumänischen Landwirtschaft durchschnittlich gezahlten Zinssätze 12—15, diejenigen in Jugoslawien 9—20, die in Bulgarien 10—29 v. H.

²⁾ Der gesamte Ausfuhrüberschuß südoeuropäischen (also einschließlich ungarischen!) Körnergetreides beträgt in Normaljahren etwa 40 Millionen Doppelzentner. Allein der deutsche Getreide-Einfuhrbedarf stellt sich auf 40—45, der italienische auf über 25 Millionen Dz.

spricht es, rein wirtschaftlich gesehen, nur der Vernunft, wenn man einen großen konsumfähigen Wirtschaftsraum durch vernünftige handelspolitische und organisatorische Maßnahmen der Europawirtschaft einzugliedern versucht und verhindert, daß er eine Art europäisches Mexiko wird, dessen wichtigste Schätze für die Interessen der großen Konzerne eines anderen Erdteiles ausgebeutet werden. Sieht man die Dinge so an, dann muß man erkennen, daß niemand, der es mit dem europäischen Gedanken ernst meint, an dieser Frage vorübergehen kann und daß die Aufschließung Südosteuropas unter keinen Umständen an Fragen juristisch-technischer Natur, wie einer Überspizung des Meistbegünstigungsprinzips scheitern darf.

Unabhängig von der handelspolitischen Entwicklung der nächsten Zeit und damit der künftigen Einfügung der Balkanländer in das europäische Wirtschaftssystem vollzieht sich der Kampf, der jetzt um die Balkanmärkte entbrannt ist und der hauptsächlich zwischen den großen amerikanischen, englischen, französischen Konzernen, aber auch zwischen deutschen, schwedischen und italienischen Gruppen geführt wird. Kennzeichnend für ihn ist, daß er nicht mehr ganz so wie früher von ausschließlich politischen Gesichtspunkten geleitet wird. Die französische Schwerindustrie, besonders die Gruppe der Banque de l'Union Parisienne und Schneider-Creuzot, hat die Stellungen, die sie zur Hauptsache noch von der Vorkriegszeit her besitzt, gegenüber dem neuesten Vordringen der Amerikaner nicht überall halten können. Immerhin befindet sich noch fast die ganze Rüstungsindustrie Rumäniens und Jugoslawiens unter französischer Kontrolle, die allerdings zum Teil auf Umwegen über tschechische Konzerne ausgeübt wird. Weiter stützt sich das französische Kapital auf beträchtliche Beteiligungen in der Minen-Industrie, so an Kohlen- und Erzbergbau-Gesellschaften in Jugoslawien und an wichtigen rumänischen Petroleumgesellschaften. In letzterem Lande nimmt aber der englische und amerikanische Einfluß ständig zu. Nach schweren Kämpfen der Standard Oil und der Royal Dutch mit dem früheren liberalen Regime in Rumänien sind deren Machtstellungen jetzt einigermaßen gesichert, besonders da das letzte Minengesetz im Gegensatz zu den früheren Bestimmungen dem Ausland gewisse Erleichterungen gebracht hat. Bei der Erschließung der rumänischen Erzgruben spielen ebenfalls die Engländer und Amerikaner eine große Rolle. Neuerdings dringen auch die Konzerne der italienischen Banken entschiedener vor, zumal Mussolini seine antifranzösische Balkanpolitik durch die Ausbreitung der wirtschaftlichen Interessen Italiens in den Südoststaaten kräftig unterstützt. Am kennzeichnendsten ist die Durchdringung Albanens durch die Italiener. Dieses Land ist heute praktisch als italienische Kolonie anzusprechen. Die Organisation des Heeres, der Verwaltung und des Transportwesens ist nahezu restlos in italienischer Hand. Ein gleiches gilt von der von italienischen Finanzgruppen geschaffenen Nationalbank, deren Verwaltungsrat sogar seinen Sitz in Rom hat. Aufschlußreich ist weiter der Wettlauf um die Tabakerzeugung. Der

Siegeszug der Zigarette, der nach dem Weltkrieg **noch** weitere Fortschritte gemacht hat, hat zu einer fast monopolartigen **Bevorzugung** der sogenannten „mazedonischen Provenienz“, die heute neben einem **kleinen** jugoslawischen Anteil ausschließlich in griechischer und bulgarischer Hand **liegt**, geführt. Ohne auf Einzelheiten der noch immer offenen mazedonischen Frage näher einzugehen, sei nur festgestellt, daß man auch diese scheinbar rein politische und sprachliche Frage unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, nämlich unter denjenigen des Kampfes um die wichtigsten und besten Tabakulturen der Erde, betrachten und verstehen kann. Die amerikanischen Trusts versuchen, ähnlich wie in der Türkei, auch hier einzudringen, und es scheint nach der Entwicklung, die die Dinge im Laufe der letzten beiden Jahre genommen haben — während der großen Weltwarenkrise ist der Tabak eines der wenigen Produkte, die vom allgemeinen Preissturz fast ganz verschont geblieben sind —, keineswegs ausgeschlossen, daß die ganze griechische Tabakerzeugung durch amerikanische Trusts monopolisiert wird.

Während so eine Art Wettlauf um die Erschließung und Verwertung der wichtigsten Naturschätze der Balkanländer eingeleitet hat, die auf dem Wege einer vernünftigen, insbesondere also rohstoffgemäßen Industrialisierung auch Arbeit schafft, zeigt sich ein noch weit schärferer Kampf um die **Verteilung der großen Staatsaufträge**. In keinem Teil Europas sind Politik und Geschäft so eng miteinander verflochten, wie im Südostraum. Um zu einer den wirtschaftlichen Kräften des Balkans entsprechenden Industrialisierung zu gelangen, bedarf es der Durchführung großer staatlicher Investitionsprogramme. Besonders das Verkehrswesen befindet sich in teilweise noch ganz ungenügendem Zustand. Bei den Eisenbahnen, aber auch bei Telephon- und Telegraphenverbindungen ist zu berücksichtigen, daß sich gerade die beiden größten Balkanstaaten, Rumänien und Jugoslawien, aus Gebieten zusammensetzen, die früher Teilgebiete eines anderen größeren Verkehrssystems bildeten. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der Linien. Das jugoslawische Eisenbahnsystem mußte zum Beispiel auf Belgrad als Kopfstation umgestellt werden, während die wichtigsten Linien der früheren Kronländer Bosnien und Herzegowina, sowie Kroatiens überwiegend nach Wien gerichtet waren. In Griechenland, das bisher in allzu hohem Maße den Seeverkehr gegenüber seinem Eisenbahnsystem betont hatte, fehlte fast völlig eine den Anforderungen der modernen Technik entsprechende Verbindung der Hauptstädte mit dem Norden, insbesondere mit Wien und der Schweiz. In Rumänien sind bedeutende Kanalbauten zur Erleichterung der Getreideverschiffung notwendig. Der Flußverkehr liegt fast überall noch im Argen. Dazu kommt die wichtige Aufgabe der Modernisierung der Hauptstädte. Man denke an das Beispiel Belgrads, das von der Hauptstadt eines kleinen Hirtenvolkes zum Mittelpunkt eines großen Reiches geworden ist. Weiter bieten sich große und lohnende Aufträge bei der Errichtung von Wasserkraftwerken, die besonders in den kohlenärmeren Balkangebieten zur Elektrifizierung

der neuen Industrien dienen sollen. Schließlich vergeben die Regierungen gelegentlich auch bedeutende Aufträge zur Modernisierung der staatlichen Bergwerke. Hinzu kommen die Lieferungen für die Rationalisierung der Landwirtschaft, die zum Teil ebenfalls, und zwar zumeist mit staatlicher Anleihehilfe, von öffentlichen Stellen gefördert werden sollen. Um diese Konzessionen kämpfen nun die verschiedenen großen Finanzgruppen und zwar handelt es sich dabei nicht immer nur um einen Preis- und Qualitätskampf, sondern gleichzeitig um die Finanzierung. Der weitaus größte Teil dieser Investitionen soll und kann nur aus den späteren Erträgen der jetzt aufzuschließenden Volkswirtschaften bezahlt werden. Aus diesem Grunde sind große Kredite erforderlich, die in der Form von Anleihen von den betreffenden Industriekonzernen und den ihnen befreundeten Banken gewährt werden. Hauptsächlich auf diesem Umwege über die Finanzierungserleichterung haben die Amerikaner große Erfolge verzeichnen können, so zum Beispiel bei der Erteilung der rumänischen Telephon-Konzessionen an die Morgangruppe.

Dieser Kampf um die Balkanmärkte, der von der großen wirtschaftlichen und politischen Umschichtung im Südosten, insbesondere auch von den jetzt in Zug gekommenen neueren handelspolitischen Erörterungen nicht abge sondert betrachtet werden darf, ist bereits ein wichtiges Glied der europäischen Wirtschaftspolitik geworden. Er verrät eine gewisse Ähnlichkeit mit den früheren Kämpfen um die süd- und mittelamerikanischen Absatzgebiete und neuerdings um den russischen Markt. Gemildert wird er durch die konzernmäßige Verflechtung der großen Gruppen untereinander. Nur in seltenen Fällen gibt es bei den Konzessionserteilungen ausschließliche Sieger und Besiegte. Der eine erhält den Hauptteil an Aufträgen und Gewinnen; der andere wird bloßer Unterlieferant.

Nur in kurzen Umrissen konnte die wirtschaftliche Entwicklung des Balkans und die Stellung, die der Südosten heute im europäischen Wirtschaftssystem einzunehmen beginnt, angedeutet werden. Immerhin dürfte das Gesagte genügen, um zu zeigen, wie sehr die Dinge hier noch im Fluß sind. Der Balkan wird zusehends zu einem der am meist umkämpften Absatzmärkte der Weltwirtschaft. Der Grund liegt darin, daß es sich bei ihm um ein verhältnismäßig unberührtes Wirtschaftsgebiet handelt, das nicht nur über bedeutende ungehobene Schätze verfügt, sondern auch von einem gesunden und arbeitsfrohen Menschenschlag bewohnt wird. Die schwierige Lage, in die er durch die Friedensverträge und im Laufe des letzten Jahrzehntes geraten ist, entspringt fast ausschließlich organisatorischen Fehlern, die bei gemeinsamer Anstrengung der interessierten Kreise — und interessiert ist vornehmlich ganz Europa — wieder gut gemacht werden können. Bei den Balkanvölkern, besonders bei ihren Intelligenzschichten, besteht durchaus der Wille zur wirtschaftlichen Reorganisation, Ausschließung der natürlichen Reichtümer ihrer Länder und damit zu einer besseren Einfügung derselben in das europäische Wirtschaftssystem, und nachdem man in den

einsichtigen Wirtschaftskreisen fast aller europäischen Länder die umfassende Bedeutung des Südostens erkannt hat, dürfte es nicht allzu schwer sein, die hier vorliegenden großen Wirtschaftsaufgaben einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

Die Schweiz und das deutsche Sprachgefühl.

Von Ed. Heyd, Ermatingen.

Die deutsche Sprache.

Mancher Völker Sprachen vernahm ich; keine ist an Farbe, plastischem Reiz, an Reichtum, Wucht und Tiefe, keine sogar an Wohlklang ist dir vergleichbar.

(Leuthold)

1.

Die Grenzfrage, die zwischen dem Reich und der Schweiz im Gebrauch der gemeinsamen Schriftsprache besteht, ist nicht so augenfällig, daß Alle sie hüben und drüben wissen und daß sie gar zollamtlich bewacht würde. Gegenwärtig beginnt sie aber merklicher zu klaffen und läßt in gewisse, in ihr enthaltene Probleme hineinblicken. Da ist, in mehr oberflächlicher Beziehung, die leichte Veränderung des schweizerischen Wortbestandes durch Einzelbenennungen, die gelegentlich amtlich übernommen werden, stetig in weit größerer Zahl aber paßlos von selber herübergeflattert, gesummt, gekrochen kommen und mehr oder minder auch ins Bürgerrecht gelangen. Wollen sie ein Ersatz sein, so regt sich die gute Treue, die den altgewohnten „Perron“ verteidigt und psychisch den Sinn bekundet, der auch wichtigere Überlieferungen schützen wird. Bemerkenswert kommt es der glatten Neuaufnahme zugut, wenn für sie nichts fühlbar hergegeben werden muß, wie z. B. für den Befehlsstab, den in Deutschland nicht gerade aufs glücklichste übersetzten Signalstab.

Indessen ist keine Erörterung beabsichtigt über das Lexikalische und den Wortschatz, der neuerlich in Deutschland mit Hochbetrieb bei den großen Amtsstellen, Organisationen, Verbänden, ferner nach dem älteren Vorgang des Rechtswesens, des Heeres, der Technik nun auch bei den Wissenschaften, bis in die letzten Burgen der undeutschen Terminologien, durchgemustert, „deutschkundlich umgewörtet“ und mit Neubildungen bewörtet wird. Es handelt sich für die Darlegung hier vielmehr um die verdeckteren, aber desto wichtigeren Fragen, die in der Tiefe der Grenzspalte zu er-